

Bürgermeister Tesche
- im Hause -

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Recklinghausen**

Rathaus – Raum 115
Rathausplatz 3
45657 Recklinghausen

Telefon 02361 - 50 1050
B90_gruene.fraktion@recklinghausen.de

Unser Zeichen
HF/ AT

Datum
01.09.2014

Antrag: Arbeitskreis Bürgerbeteiligung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tesche,

hiermit bitten wir Sie, folgen Antrag unserer Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Der Rat richtet einen Arbeitskreis ein - bestehend aus Vertretern der Bürgerschaft, Politik und Stadtverwaltung - mit dem Ziel, Leitlinien für eine umfängliche, regelmäßige und über das gesetzlich geforderte Maß hinausgehende Bürgerbeteiligung in Recklinghausen zu entwickeln.

Begründung:

Eine frühzeitige Information, Transparenz und Bürgerbeteiligung auch weit über den gesetzlich vorgesehenen Rahmen hinaus zu stärken, sollte auch erklärtes Ziel in Recklinghausen sein. Die Einrichtung eines „Arbeitskreises Bürgerbeteiligung“ wäre hierzu der richtige Weg. Die Aufgabe des Arbeitskreises sollte es sein, eine „Satzung über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung im Zuständigkeitsbereich des Stadtrates“ sowie eine „Verwaltungsvorschrift im Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters“ zu erstellen, die Verbindlichkeiten und Umsetzbarkeit gewährleisten soll.

Hiermit sollen die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger weiter ausgedehnt und damit gestärkt und verstetigt werden. Neben der Erlangung von Sachergebnissen, die durch die Bürger mitgetragen werden, kann damit auch der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden. Ein zentrales Element der „Recklinghäuser Bürgerbeteiligung“ muss daher die möglichst frühzeitige Information der Bürgerschaft sein, damit ihr Mitgestalten erst möglich wird. Deshalb sollten bereits auch Grundüberlegungen zu Projekten und Vorhaben so früh wie möglich in einer

„Vorhabenliste“ veröffentlicht werden. In dieser Vorhabenliste sollte umfassend und systematisch darüber informiert werden, was die Stadt „vorhat“. Diese Liste sollte dabei nicht nur den Teil der Vorhaben und Projekte aufnehmen, bei denen bereits Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, sondern weit mehr Pläne der Stadt enthalten. Nur so kann die Stadt anhand der Reaktionen aus der Bürgerschaft erfahren, zu welchen weiteren Themen Mitsprache zusätzlich gewünscht oder gefordert wird. Die Liste sollte darüber hinaus die relevanten Vorhaben und Projekte aller Fachbereiche der Stadtverwaltung enthalten, von Bau- und Verkehrsprojekten bis zu Vorhaben im sozialen oder kulturellen Bereich.

Die Information in einem frühen Planungsstadium ist nicht nur ein Beitrag zur Transparenz, sondern auch wesentliche Voraussetzung für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung. Beispielhaft ist hier die Stadt Heidelberg, die bereits mit einer Vorhabenliste (wie oben beschrieben) ein Instrument entwickelt hat, das diesem Anspruch gerecht werden will (www.heidelberg.de/vorhabenliste).

Mit freundlichen Grüßen

Holger Freitag
Fraktionsvorsitzender